

DROGEN

Breites Potential



Die Rufe, Cannabis Patienten straffrei und bezahlbar zugänglich zu machen und umfassend zu beforschen, werden immer lauter. Denn: Das pflanzliche Cannabis enthält „mehr als 60“ verschiedene vermutete Wirkkomponenten. Und das Spektrum der behandelten Indikationen ist breit. Es reicht von chronischen Schmerzen und Multipler Sklerose bis zu ADHS und Tic-Störungen. **Seite 13**

NIEDERSACHSEN

Rundt-Tour



Zwei Tage, sieben Stationen, 600 Kilometer, ein Bus: Von Maßregelvollzug über Telemedizin und Inklusion bis zur Zukunft der Krankenhäuser auf dem Land reichten die Themen bei einer Sommerreise mit der niedersächsischen Sozial- und Gesundheitsministerin Cornelia Rundt. Besonders lang fiel der Auftakt aus: ein Besuch im Maßregelvollzugszentrum Moringen. **Seite 9**

LEHRER

Am Anschlag



Oft Ferien und gut bezahlt – die Ausgangslage für Lehrer scheint vergleichsweise gut. Doch vielen der rund 800.000 Lehrkräfte in Deutschland geht es schlecht. Sie fühlen sich überfordert, werden krank. 30 Prozent der Beschäftigten im Bildungswesen leiden mittlerweile unter psychischen Problemen. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest ein aktuelles Gutachten. Ein Blick hinter die Zahlen. **Seite 3**

Autisten gesucht!

HAMBURG (rd). Sprung nach Hamburg: Am 1. September hat die auticon GmbH – Deutschlands erstes Unternehmen, das für IT-Qualitätssicherung ausschließlich „Menschen im Autismus-Spektrum“ als Consultants beschäftigt – ein Büro in Hamburg bezogen, und zwar mitten in der City, am Georgsplatz. Gesucht werden nun nicht nur Aufträge, sondern auch Mitarbeiter „im Autismus-Spektrum“, speziell solche mit Asperger-Syndrom. Sie können sich ab sofort bewerben (s.a. www.auticon.de). Gezahlt wird eine Vergütung „zu marktüblichen Konditionen“, so das Unternehmen. Unterstützt werden sie durch Job-Coaches. Die Firma wendet sich mit ihrem Service an Unternehmen, „die Software und Anwendungen für die eigenen Prozesse oder für ihre Kunden entwickeln und die idealerweise bereits eine Trennung zwischen Entwicklung und Qualitätssicherung eingerichtet haben“.

auticon hat bereits mit Firmen wie Bayerische Landesbank, Vodafone und Telekom zusammengearbeitet. „Der Bedarf für Qualitätsmanagement steigt stark an“, so der Leiter der Hamburger Niederlassung Bernd Günter. In Hamburg gebe es mehr als 10.000 IT-Unternehmen, darunter allein ca. 3000 im Bereich der Softwareentwicklung und -gestaltung.

Deutschlandweit beschäftigt auticon in Berlin, München, Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt 53 Mitarbeiter, davon 33 Menschen im Autismus-Spektrum. Firmengründer und Geschäftsführer ist Dirk Müller-Remus, selbst Vater eines autistischen Sohnes.



Der Berliner auticon-Consultant Marko Riegel an seinem Arbeitsplatz. Foto: Wiedenroth/auticon

Alzheimer: Ein „Navi“ soll den Weg weisen

Hamburg: Körber-Preis an norwegisches Forscherpaar überreicht

Sie kamen dem Zusammenspiel von Nervenzellen im Hirn von Ratten auf die Spur, das für räumliche Orientierung sorgt: Das norwegische Hirnforscherpaar Prof. May-Britt und Edvard Moser entdeckte ein System aus Rasterzellen, das die Tiere wie ein Navigationssystem lenkt und sie wissen lässt, wo sie sich befinden – selbst im Dunklen. Eine spannende, zukunftsweisende Forschungsleistung, die auch deshalb so herausragend ist, da hier eine neue Perspektive gesehen wird, die eines Tages dazu beitragen könnte, Alzheimer-Patienten zu helfen. Dafür erhielten sie – als erstes Forscherehepaar überhaupt – den mit 750.000 Euro dotierten Körber-Preis für die Europäische Wissenschaft. Dieser wurde am 5. September zum insgesamt 30. Mal und im Beisein von Bundesforschungsministerin Johanna Wanka (CDU) im Hamburger Rathaus überreicht.

HAMBURG (hin). „Fange nie an aufzuhören, höre nie auf anzufangen.“ Dieses Lebensmotto des Hamburger Stifters und Mäzens Kurt Körber (1909 bis 1992), mit dem Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) sein Grußwort begann, scheint für Grundlagenforschung besonders zu passen. Braucht es doch hier eines besonders langen Atems. Den hat das Paar gezeigt, das sich Anfang der achtziger Jahre an der Universität Oslo kennenlernte. Beide studierten Psychologie, wollten wissen, welche Vorgänge im Gehirn beim Lernen und Erinnern ablaufen. Dabei beließen sie es aber nicht. Sie studierten auch Mathematik, Statistik und Neurobiologie. May-Britt auch Chemie und Physik, Edvard überdies Programmierung. Dieser interdisziplinäre Ansatz sei besonders bemerkenswert, hob Wanka hervor. Hinzu kam viel Leidenschaft. „mehr Lust als Last“, wie May-Britt Moser



May-Britt und Edvard Moser im Gespräch mit Ranga Yogeshwar.

Foto: Körber-Stiftung / David Ausserhofer

bei der Festveranstaltung im Gespräch mit Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar erklärte, der dem Publikum die Preisträger und ihre Erkenntnisse nahezubringen versuchte.

Dem System der Orientierung kamen sie Schritt für Schritt näher. 2000 fanden sie heraus, dass das wichtigste „Orts-Rechenzentrum“ des Gehirns nicht der Hippocampus ist, sondern der unmittelbar darüber liegende entorhinale Cortex – dessen Neuronen bei Alzheimer-Patienten meist zuerst absterben. Diesen Bereich könne man vereinfachend gesagt als den Computer des hirneigenen Navigationssystems bezeichnen, den Hippocampus als „eine Art intelligentes Display“, das die errechneten mentalen Landkarten anzeigt, beschreibt es Claus-Peter Sesin in einer Projektschrift der Körberstiftung.

2005 spürten sie dann die so genannten Rasterzellen auf. Diese senden an mehreren, regelmäßig angeordneten

Aufenthaltsorten der Ratte elektrische Impulse aus („feuern“) und bilden dabei ein regelmäÙiges Muster. In der Gesamtheit bildet sich eine Art Koordinatensystem heraus, das den Ratten offenbar einen Sinn für Abstände vermittelt. 2008 folgten dann weitere Entdeckungen: so genannte Grenzzellen, die aktiv werden, wenn sich die Ratten Wänden oder Hindernissen nähern, und die „Kopfrichtungs-Zellen“, eine Art Kompass, die „feuern“, wenn der Kopf der Ratte in eine gewisse Richtung zeigt.

Rasterzellen scheinen in allen Säugtierhirnen vorzukommen, wie man mittlerweile weiß. Und 2013 ergaben Untersuchungen an amerikanischen Epilepsiepatienten, dass auch im menschlichen entorhinalen Cortex Rasterzellen liegen. Bei ihren Ratten stellten die Mosers zu ihrem großen Erstaunen fest, dass die Rasterzellen auch dann – unabhängig von äußeren Reizen – Signale senden, wenn sie in

bekanntem Gehege in völliger Dunkelheit herumlaufen. „Es ist eine eigene Leistung des Gehirns“, so Edvard Moser. „Damit ist es dem Forscherpaar erstmals gelungen, wirkliche Denkvorgänge messtechnisch zu erfassen“, schreibt Sesin. Spannend ist die Frage, warum sich Menschen nicht ähnlich gut im Dunklen orientieren können. Wobei es indigene Bevölkerungen mit einem „unglaublich guten Orientierungssinn“ gibt. Ist den übrigen Menschen eine eigentlich naturgegebene Fähigkeit im Zuge der Evolution verloren gegangen?

May-Britt und Edvard Moser werden – auch mit Hilfe des Hamburger Preisgeldes – weitere Details der Orientierung studieren. Hoch oben im Norden im kleinen Trondheim, wo sie ein internationales Institut aufgebaut haben, in dem inzwischen 100 Wissenschaftler aus 27 Ländern arbeiten und das zu einem der weltweit führenden Neurowissenschafts-Instituten zählt.

Depression außen vor

BERLIN (rd). Nicht alles, was im Koalitionsvertrag steht, wird umgesetzt. Jüngstes Beispiel: Am 21. August hat der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) entschieden, die Entwicklung neuer strukturierter Behandlungsprogramme für rheumatoide Arthritis, chronische Herzinsuffizienz, Osteoporose und Rückenschmerz zu prüfen – nicht aber für Depression, obwohl dies nach der Wahl noch angekündigt worden war. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) hatte darauf hin einen nach eigenen Angaben „umfassenden Antrag für ein Disease-Management-Programm (DMP) Depression“ vorgelegt. Der G-BA begründete seine Entscheidung gegen ein DMP Depression damit, dass momentan die Richtlinie-Psychotherapie überarbeitet werde, dass keine evaluierten Selbsthilfeprogramme für Depressionspatienten vorlägen und es international wenig Erfahrung mit DMPs bei dieser Indikation gäbe. Die DGPPN widersprach: Die Begründung des G-BA gebe nicht den Stand der internationalen Forschung wieder.

Heimleiter verklagt Staat

■ Ziel: Mehr Personal für Heime

AUGSBURG (epd). Angesichts von Missständen in der Altenpflege zieht der Leiter eines privaten Pflegeheims gegen den deutschen Staat vor das Bundesverfassungsgericht. Er habe beim höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe Beschwerde gegen den Staat wegen Verletzung der Schutzpflicht Pflegebedürftiger eingereicht, sagte Armin Rieger, Geschäftsführer des Augsburger Pflegeheims „Haus Marie“, dem Evangelischen Pressedienst (epd). Der Sozialverband VdK unterstützt nach eigenen Angaben sieben Personen, die individuell eine Verfassungsbeschwerde einlegen.

Armin Rieger wirft dem Staat vor, den Missständen in deutschen Pflegeeinrichtungen seit Jahren untätig zuzusehen. Dies verletze das Recht der Pflegebedürftigen auf Würde, Gleichheit und körperliche Unversehrtheit. „Obwohl wir in unserem Haus mehr Personal haben als vorgeschrieben, sind wir nicht in der Lage, die Menschen so zu pflegen, wie sie es verdient haben“, sagte Rieger. „Auch bei uns müssen die Bewohner darauf warten, zur Toilette gebracht oder gewaschen zu werden.“ Dies verstoße gegen die Menschenwürde. Schuld daran seien die Rahmenbedingungen, die der Staat in der Pflege setze. In dem privaten Pflegeheim in Augsburg werden nach Riegers Angaben derzeit 33 Bewohner gepflegt. Dafür stünden umgerechnet 14 Vollzeitkräfte zur Verfügung. Um eine menschenwürdige Pflege zu gewährleisten, „bräuchte ich täglich min-

destens eine Pflegekraft mehr“, sagte Rieger.

Mit dem Gang vor das Verfassungsgericht will der Heimgeschäftsführer deshalb vor allem eine bessere Personalausstattung in Pflegeheimen erreichen, um die Zustände dort zu verbessern. So habe jeder Pflegeheimbewohner etwa das Recht auf Aufenthalt im Freien. Dies werde sogar Strafgefangenen zugebilligt, heißt es in der Verfassungsbeschwerde.

Hintergrund für Riegers Vorstoß ist eine Doktorarbeit der Regensburger Juristin Susanne Moritz. Auch sie tritt darin die Auffassung, dass der Staat durch Untätigkeit seine Schutzpflicht gegenüber Pflegebedürftigen verletze.

Kammer bleibt umstritten

KIEL (rd). Die Kieler Landesregierung hat einem Gesetzentwurf zur Errichtung einer Pflegeberufekammer zugestimmt. Diese wurde von mehreren Verbänden wie dem Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) begrüßt. Das „Forum Pflegegesellschaft“ dagegen sprach von „Zwangsvorkammerung“ und einem „Bürokratiemonster mit mindestens 30 Vollzeitstellen“, das von den Pflegekräften selbst bezahlt werden müsse. Die Pflegeverbände im Forum und Gewerkschaften haben eine Gegeninitiative gegründet.

In aller Kürze

Reha-Rekord

Die Zahl der Reha-Maßnahmen nach einer psychischen Erkrankung ist auf Rekordniveau: Etwa jede fünfte Rehabilitations-Maßnahme wird wegen psychischer Störungen verordnet. Dies geht aus Daten der Rentenversicherung hervor, berichtete die „Rheinische Post“. 2012 erhielten demnach rund 195.000 Versicherte eine Reha wegen einer psychischen Krise. Noch vor zehn Jahren waren es rund 143.000 Fälle. In den vergangenen 20 Jahren verdoppelte sich der Bedarf der Reha-Maßnahmen wegen psychischer Probleme nahezu.

Mehr Klinikaufnahmen

Die Zahl junger Mädchen, die 2013 wegen gesundheitsgefährdender Essstörungen ins Krankenhaus mussten, ist stark gestiegen. Das berichtet das Patientenmagazin „HausArzt“ unter Berufung auf Daten der Kaufmännischen Krankenkasse. Während die Zahl der ambulant behandelten Patientinnen leicht rückläufig war, wurden rund 20 Prozent

mehr Magerstichtige und Bulimie-krankte in eine Klinik aufgenommen.

Frist läuft ab

Betroffene, die als Kinder und Jugendliche unter der repressiven Erziehung in Heimen der ehemaligen DDR gelitten haben, können sich nur noch bis zum 30. September 2014 bei den zuständigen Anlauf- und Beratungsstellen melden. Die Opfer haben Anspruch auf die Erstattung von Hilfsleistungen etwa in Form von Therapien oder Sachleistungen in sozialen Notlagen bis zu einer Höhe von 10.000 Euro.

Später Rücktritt

Christine Haderthauer (CSU) ist als Chef der bayerischen Staatskanzlei zurückgetreten – bleibt aber Landtagsabgeordnete. Hintergrund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Betrugsverdachts gegen sie und ihren Ehemann, den Psychiater Hubert Haderthauer, rund um die Firma Sapor Modelltechnik, für die psychisch kranke Straftäter teure Modellautos bauten. (rd)

AUS DEM INHALT

SCHLESWIG-HOLSTEIN

KULTUR

„Vergessene Kinder“
warten auf Lösung S. 6

„Apostel & Partner“: Inklusion
am Wattenmeer S. 11

HAMBURG

NIEDERSACHSEN

Initiativkreis kritisiert Konzept
für Sozialpsychiatrie-Umbau S. 7

Pfeiffer: Gewalt in Familien
nimmt ab S. 12

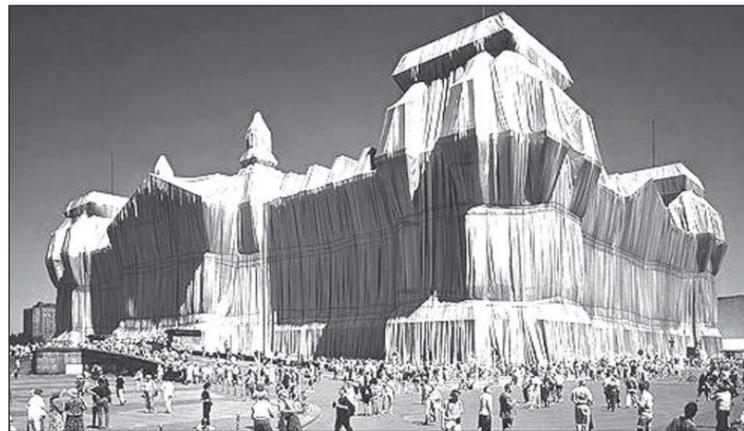
BREMEN

GERONTOPSYCHIATRIE

Die etwas andere Stadtführung
aus Betroffenensicht S. 10

Neue Therapie stoppt Demenz
besser als Medikamente S. 15

Brief aus der Hauptstadt



Zentrum der Macht: der einst von Christo verpackte Reichstag.

Ein Fuß in meiner Tür

Nun ist es vorbei mit der Sommerfrische und den freien Parkplätzen. Ende August, Anfang September muss ganz schnell alles nachgeholt werden. Man trifft sich mit den letzten Stechmücken beim Grillen an der Havel oder im Konzert in der Waldbühne, bei der Vorstandssitzung auf dem Laubengrundstück und bei der Vorbereitungsgruppe für die nächste Tagung.

Ein absolut festes Datum, zu dem sich alle, wirklich alle jährlich wieder einfinden, ist das erste Wochenende im September mit der Gedenkveranstaltung für die Opfer von „Euthanasie“ und Zwangssterilisation an der Berliner Philharmonie und dem Begleitprogramm in der „Topographie des Terrors“. Kleine hochwertige Filmfestivals drängen sich und wollen unbedingt frequentiert werden; endlich kann ich die Doku „Andere Welt“ (von Christa Pfafferott) über Frauen in der Forensik und „Nerven Bruch Zusammen“ (von Arash T. Riahi) über Frauen in einem Krisen-Obdach begutachten. Eigentlich müsste man sich angesichts der immer wieder neuen Aufregungen um Flüchtlinge in Kreuzberg eher um das Thema Migration kümmern. Oder doch lieber um Gentrifizierung? Es ist so viel los in diesen Tagen, dass ich mich unbedingt konzentrieren und fokussieren muss.

Und dann ist da auch noch das Tagesgeschäft: Zahlreiche Gremien beschäftigen sich im Moment mit dem Entwurf des neuen Berliner PsychKG. Die gute Nachricht: Endlich wird der Sozialpsychiatrische Dienst mit seinem vollständigen Namen und allem drum und dran erwähnt und ist damit hoffentlich festgeschrieben und existenziell, unabhängig von der Haushaltslage des Landes Berlin, abgesichert. Wunderbar. Viel diskutiert aber wird folgender, neu eingefügter Passus: „Zur Verhütung einer gegenwärtigen Gefahr für Leben oder Gesundheit oder für andere bedeutende Rechtsgüter der betreffenden Person oder von Dritten sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Dienstes befugt, die Wohnung der betreffenden Person auch ohne deren Einwilligung oder gegen deren Willen zu betreten und eine ärztliche Untersuchung durchzuführen.“ Was ist wohl genau damit gemeint? Selbstverständlich lässt der SpD durch Polizei und Feuerwehr Wohnungen öffnen, wenn eine Gefährdungssituation vorzuliegen droht. Hier aber scheint es darum zu gehen, dass der SpD selbst die Wohnung „gegen den Willen“ betreten darf. Ist damit der

berühmte Fuß im geöffneten Türspalt gemeint? Wie gesagt, in vielen Runden wird diskutiert. Öffnet man mit dieser Formulierung nicht dem Ansinnen besorgter oder empörter Bürger Tür und Tor, die einen nur zu gerne jeden Tag mal gerne los-schicken wollen, um bei Herrn X. „mal nach dem Rechten“ zu sehen? Was meinen Sie?

Ach ja, da fällt mir noch ein zweites Anliegen ein, bei dem die Berliner sich Unterstützung wünschen. Nicht nur bei uns geht ja die erste Generation sozialpsychiatrisch aktiver Menschen in Pension. Uns erreichen immer wieder Anfragen von Menschen, die ihr ganzes Arbeitsleben lang Fachbücher und Zeitschriften gesammelt haben und diese nun gerne sinnvoll und nutzbringend für andere entsorgen möchten. Ich muss gestehen, dass ich am liebsten eine Rettungsstation oder gar ein Hospiz für Fachliteratur eröffnen möchte. Aber die Gefahr ist groß, dass ich dann binnen kürzester Zeit wegen „Book Hoarding“, einer Unterform des bekannten Messie-Syndroms, einen Besuch des für mich zuständigen Sozialpsychiatrischen Dienstes – meiner eigenen ehemaligen Kollegen – bekommen würde, die dann mit dem oben beschriebenen Procedere sich Zugang zu meiner gut gefüllten Wohnung verschaffen würden. Sie wissen schon, ein Fuß in meiner Tür...

Nein, ganz ernsthaft. Gibt es irgendwo ein Sozialpsychiatrisches Archiv, das noch Kapazitäten besitzt? Und falls es noch kein derartiges Sammlager gibt: Wäre dies nicht eine wunderbare Idee für ein Zuversichtprojekt? Man könnte Bücher und Zeitschriften katalogisieren, bei Bedarf – vielleicht sogar kostenpflichtig – verleihen, versenden, vielleicht sogar verkaufen? Ernsthafte Angebote richten Sie bitte an bgsp-ev@gmx.de.

Ilse Eichenbrenner

Betrifft: Abs.:

Die Autorin arbeitete als Sozialarbeiterin im Sozialpsychiatrischen Dienst Berlin-Charlottenburg und ist seit Jahrzehnten der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie und ihrem Berliner Landesverband eng verbunden. Sie hat mehrere Bücher verfasst und ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“.

IMPRESSUM

Verlagsanschrift:

Vitanas GmbH & Co. KGaA
Vitanas Sozialpsychiatrisches
Centrum Koog-Haus
Eppendorfer
Koogstraße 32
25541 Brunsbüttel
Telefon: (04852) 96 50-0
Telefax: (04852) 96 50-65
E-Mail: koog-haus@vitanas.de

Herausgeber:

Matthias Roller
Vitanas Gruppe
Michael Dieckmann
AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)
Internet: www.eppendorfer.de
www.kooghaus.de
www.vitanas.de
www.ameos.eu

Redaktionsleitung, Organisation,
Gestaltung und Produktion:
Anke Hinrichs (hin)
Redaktionsbüro NORDWORT
Große Brunnenstr. 137
22763 Hamburg
Tel.: 040 / 41358524
Fax: 040 / 41358528
E-Mail: ahhinrichs@aol.com

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Ute Baader (ub), Sönke Dwenger, Ilse
Eichenbrenner, Esther Geißlinger
(est), Michael Götsche (gö),
Gesä Lampe (gl), Dr. Verena Liebers,
Dr. Heidrun Riehl-Halen (hrh),
(rd) steht für Redaktion,
Agentur: epd

Fachbeirat:

Dr. Klaus Behrendt (Sucht)
Dr. Charlotte Köttgen
(Kinder- und Jugendpsychiatrie)
Dr. Claus Wächtler
(Gerontopsychiatrie)

Druck: Beig-Verlag, Pinneberg

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2012.
Der Eppendorfer erscheint zehnmal
im Jahr und kostet jährlich 39,50 Euro.
Für unverlangt eingesandte
Manuskripte und Fotos wird
keine Gewähr übernommen.

Männer und Frauen sind gleichbe-
rechtigt – aber Texte müssen auch
lesbar sein. Wegen der besseren Les-
barkeit hat sich die Redaktion ent-
schieden, auf die zusätzliche Nutzung
der weiblichen Form zu verzichten.

Wondershare PDF Editor

Vom Leiden der Lehrer

■ 30 Prozent der Lehrer und Erzieher leiden jüngsten Erhebungen zufolge unter psychischen Problemen und Erschöpfung – ein Blick hinter die Statistiken

Oft Ferien, gut bezahlt und bestens abgesichert – äußerlich betrachtet scheint das Lehramt ein Traumberuf zu sein. Doch vielen der rund 800.000 Lehrer in Deutschland geht es schlecht. Sie fühlen sich überfordert, werden krank. 30 Prozent der Beschäftigten im Bildungswesen leiden mittlerweile unter psychischen Problemen. Zu diesem Ergebnis kommt zumindest ein aktuelles Gutachten des Aktionsrates Bildung im Auftrag der bayerischen Wirtschaft. Woran liegt es und was muss sich ändern, um zu Verbesserungen zu kommen?

Pensionierungen von Lehrkräften wegen Dienstunfähigkeit auf Rekordtief – dies meldete das Statistische Bundesamt für das Jahr 2012. Gute Nachrichten also? Mitnichten, würden die Forscher um Prof. Dr. Uwe Saarschmidt aus Potsdam sagen, die schon 2006 in ihrer umfassenden „Potsdamer Lehrstudie“ feststellten, dass ein großer Teil der befragten Lehrer erheblich unter den psychischen Belastungen des Berufsalltags leidet. Der Aktionsrat Bildung – der sich aus mehreren renommierten Bildungsforschern zusammensetzt – liefert in seinem 2014 veröffentlichten Gutachten „Psychische Belastungen und Burnout beim Bildungspersonal“ eine Erklärung für den Widerspruch: Der prozentuale Rückgang bei den Frühpensionierungen sei darauf zurückzuführen, dass seit 2001 bei vorzeitiger Pensionierung mehr Abzüge fällig wurden und das Altersgeld entsprechend deutlich geringer ausfällt. Vermutet wird, dass sich seitdem mehr Lehrkräfte trotz Problemen bis zur Regelpensionierung „durchbeißen“ – mit zweifelhaften Auswirkungen auf den Lehralltag.

Die Potsdamer Lehrstudie von 2006 befragte rund 16.000 Lehrkräfte

aus dem gesamten Bundesgebiet sowie ca. 1.500 Lehramtsstudierende und Anwärter. Die Fragen erfassten das Engagement der Lehrer sowie ihre Belastbarkeit und Zufriedenheit. Heraus kam, dass 60 Prozent der Befragten angaben, unter erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu leiden. Sie verausgabten sich exzessiv oder resignierten, waren unzufrieden oder niedergeschlagen.

Auch der Aktionsrat Bildung konstatiert unter dem Lehrpersonal „bedeutsame Anteile von Personen, die subjektiv unter chronischem Stress und psychischen Beeinträchtigungen leiden“. Problematisiert wird dort ferner, dass psychische Probleme nach wie vor ein Tabu in der Lehrerschaft seien und Betroffene mit den Symptomen und der Angst vor „Entdeckung“ allein blieben. Längst nicht alle finden den Weg zum Arzt und in eine Therapie.

Welches aber sind nun die Belastungsfaktoren, denen Lehrer in besonderem Maße ausgesetzt sind? Hier nennen die Teilnehmer an der Potsdamer Studie als am stärksten belastende Faktoren die „Klassiker der Lehrerklage“, nämlich das Verhalten schwieriger Schüler, große Klassen und hohe Stundenzahlen. Der Aktionsrat Bildung identifiziert drei andere Merkmale als besondere lehrerspezifische Belastungen. Da ist zum einen die „störanfällige, extrem hohe Interaktionsdichte in der Unterrichtssituation“. Gemeint ist, dass in jeder Unterrichtsstunde hunderte winziger Entscheidungen in Bezug auf die Wahrnehmung der Schüler und die Kommunikation mit ihnen, aber auch



„... Denn wer böse Streiche macht, Gibt nicht auf den Lehrer acht ...“, und so erging es schon „Lehrer Lämpel“ in der Schule von Max und Moritz schlecht.

Zeichnung: Wilhelm Busch

auf in Bezug auf die Vermittlung des Stoffes zu fällen sind. Ein hohes Maß an Empathie, Kommunikationsfähigkeit und Flexibilität ist notwendig, um dies erfolgreich zu gestalten. Zum zweiten wird kritisiert, dass die Aufgabenbeschreibung für Lehrkräfte zu vage sei. Das führe zu Unsicherheiten darüber, was von ihnen tatsächlich erwartet wird. Konflikte mit dem Rollen- und Aufgabenverständnis scheinen da programmiert. Als weiterer Belastungsfaktor wird genannt, dass ein großer Teil der Aufgaben zu Hause erledigt wird. Dies werde zwar

von vielen als Vorteil gesehen, berge aber insbesondere die Gefahr, dass „das Lehrersein gewissermaßen das ganze Leben überwuchert“.

Neben den institutionellen und arbeitsplatzbezogenen Belastungsmerkmalen werden aber auch persönliche Faktoren aufgeführt, die für die Lehrertätigkeit von besonderer Bedeutung sind – und an denen es mitunter mangelt: die Distanzierungsfähigkeit, der Umgang mit beruflichen Misserfolgen sowie die Fähigkeit, sich Unterstützung aus dem eigenen sozialen Netz zu holen.

Wie aber können die ermittelten Belastungen minimiert oder beseitigt werden oder wie kann ein gesünderer Umgang damit aussehen? Hier setzen die Forscher vor allem bei der Prävention an. Veränderungs-

potenzial wird u.a. im Umgang der Lehrerkollegen untereinander gesehen. Das soziale Klima im Kollegium stehe in einem engen Zusammenhang zur gesundheitlichen Situation der Lehrer an einer Schule. Deshalb müsse es vor allem um Teamentwicklungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Stärkung der Persönlichkeit gehen. Auch sei die Qualifizierung von Schulleiterinnen und Schulleitern extrem wichtig, da deren Verhalten Dreh- und Angelpunkt des sozialen Klimas sei. Als dritten Maßnahmenkomplex betrachten beide Studien die Auswahl und die Begleitung geeigneten Nachwuchses. Die jungen Menschen sollen dazu angeregt werden, die Ernsthaftigkeit ihres Berufswunsches zu reflektieren und zu überprüfen, ob sie die persönlichen Voraussetzungen für den Lehrerberuf mitbringen. Denn nicht jeder, der gute Noten erzielt, ist geeignet, ein guter Lehrer zu sein. (ub / rd)

Daten & Fakten

Die Datenlage zum Thema Lehrergesundheit ist dürrig. Da Lehrer in den meisten Fällen verbeamtet sind, werden sie durch die regelmäßigen Erhebungen zu Krankheitstagen der großen Krankenkassen nicht erfasst. Nach Angaben des Aktionsrats soll sich die Zahl der Krankheitstage wegen psychischer Leiden seit 2000 fast verdoppelt haben.

Bei Frühpensionierungen ist die Entwicklung anders: Von 1993 bis 2001 erfolgte jede zweite Neupensionierung wegen Dienstunfähigkeit. Im Jahr 2012 machten diese aber nur noch etwa 15 Prozent der insgesamt rund 24.400 Neupensionäre in Deutschland aus. Als möglicher Grund für den Rückgang werden erhebliche Pensionsabzüge bei vorzeitiger Pensionierung seit 2001 gesehen (s. Bericht oben). In Schleswig-Holstein wurden 2012 insgesamt 863 Lehrer neu pensioniert, davon 183 wegen Dienstunfähigkeit.

Das Durchschnittsalter aller 2012 pen-

sionierten Lehrer lag bei 63,1 Jahren, das der wegen Dienstunfähigkeit pensionierten bei 58,4 Jahren (Daten: Statistisches Bundesamt, Januar 2014). Über die Ursachen der Dienstunfähigkeiten von beamteten Lehrern liegen keine Daten vor.

Die BundesPsychotherapeutenKammer (BPTK) stellte in ihrer Studie „Psychische Erkrankungen und gesundheitsbedingte Frühverrentung“ von 2013 nach einer Auswertung von Daten der Deutschen Rentenversicherung fest, dass im Jahr 2012 nahezu jede zweite Frühverrentung (42 Prozent) auf eine psychische Erkrankung zurückzuführen war. Damit haben die psychischen Erkrankungen den Erkrankungen von Muskeln und Skelett, von Herz und Kreislauf und der Atmungsorgane den Rang abgelassen. Das Durchschnittsalter der Frührentner wegen psychischer Erkrankung lag 2012 bei 49 Jahren, wegen körperlicher Erkrankungen (außer Nervensystem) wurden die Betroffenen mit 50 bis 55 Jahren in den Ruhestand geschickt. (ub)

Zurück in die Hilflosigkeit

■ Von einer Frühpensionierung, die vielleicht hätte verhindert werden können

Ich habe nur noch versucht, irgendwie über die Runden zu kommen“, sagt Katrin S., „und jeden Morgen hatte ich Angst: Heute kommt es raus.“ Was nicht herauskommen durfte, das waren: völlige emotionale und körperliche Erschöpfung, Antriebslosigkeit, Konzentrationsprobleme, Gefühle von Wert- und Sinnlosigkeit, Rückzugstendenzen und Einsamkeit. Alles typische Anzeichen einer Depression. Die 56-Jährige war Lehrerin an einem Gymnasium in Schleswig-Holstein. Seit dem Frühjahr 2013 ist sie frühpensioniert.

„Die Scham, über meine Erkrankung zu sprechen und mir Hilfe zu holen, war die größte Hürde bei der Bewältigung der Krise“, sagt Katrin S.. Nach wie vor gelte es in Lehrerkollegien als Tabu, über Belastungen und Schwächen zu sprechen. Katrin S. ging es eines Tages so schlecht, dass sie klinische Hilfe benötigte. Eine anschließende Wiedereingliederung sei an den Rahmenbedingungen und der Unflexibilität des Systems gescheitert, kritisiert sie. Unterstützung habe sie nicht erhalten. „Schon als ich noch in der Klinik war, hat mein Schulleiter zweimal in der Woche angefragt, wann ich denn zurückkäme und mit wie vielen Stunden.“ Als es schließlich zu Beginn eines neuen Schuljahres mit einer Wiedereingliederung losgehen sollte, habe sie nur kommentarlos einen reduzierten Stundenplan ins Fach gelegt bekommen. Dieser wies aber mehr Stunden aus,

als Amtsarzt und Ministerium vorgegeben hatten. „Es gab kein Angebot eines Planungsgesprächs oder der Unterstützung und Entlastung“, beklagt Katrin S.. „Der Schulleiter hat überhaupt nicht mit mir gesprochen.“ Gerade das aber, was man auf sie zukommt, hätte sie gebraucht, meint sie: „Mir selbst fehlten da noch Mut und Kraft, dies einzufordern.“ Katrin S. funktionierte einfach nicht mehr wie vorher. Und nach zwölf Wochen war die alte Symptomatik fast zurückgekehrt. Eine erneute Krankenschreibung und schließlich die Frühpensionierung waren die Folge.

„Es treffen einfach völlig entgegengesetzte Interessen aufeinander“, sagt sie: „Die Schulleiter wissen nicht, woher sie eine Vertretung bekommen können und wollen bloß, dass der Laden läuft. Es fehlen Raum und Empathie für Kollegen, die eine Zeitlang entlastet und begleitet werden müssten.“

Davon, dass ihr Unterstützung bei der Wiedereingliederung zugestanden hätte, für die eigens eine spezialisierte Ärztin beauftragt ist, hat sie erst viel später und zufällig erfahren. Und davon wussten wohl auch die Arbeitgeber – Schulleiter sowie Schulaufsicht – nichts, meint sie. Doch die wären eigentlich für die Information über das Verfahren (siehe Bericht rechts) verantwortlich. „Vielleicht hätte es sonst eine gute Chance für mich gegeben, den Weg zurück in die Lehrtätigkeit zu finden.“ (ub)

Eine „Betriebsärztin“, die kaum einer kennt

■ Dr. Magdalena Peinecke hilft Lehrern

RENSBURG (ub). Die Diagnose „psychoemotionale Erschöpfung“ sei deutlich häufiger als noch vor einigen Jahren. „Genaue Zahlen zum Krankenstand und den Ursachen fehlen aber“, sagt Dr. Magdalena Peinecke. Die Arbeits- und Präventivmedizinerin aus Rendsburg ist gewissermaßen „leitende Betriebsärztin“ für die 26.000 Lehrer in Schleswig-Holstein. Seit zehn Jahren berät sie das Bildungsministerium dabei, die Lehrergesundheit zu verbessern und den Paragraphen 84 des Sozialgesetzbuches IX (betriebliches Eingliederungsmanagement, BEM) umzusetzen. Dieser gilt auch für verbeamtete Lehrer und sieht vor, die Betroffenen, die Führungsverantwortlichen (Schulleiter) sowie gegebenenfalls Personalverwaltung, Personalrat und Schwerbehindertenvertretung zusammenzubringen, um gemeinsam zu klären, wie eine Dienstunfähigkeit verhindert werden kann. Das BEM-Verfahren ist für die Betroffenen freiwillig.

Doch auch nach zehn Jahren ist das „Projekt Lehrergesundheit“ nur wenigen bekannt. Die meisten, die wegen „dauernder Dienstunfähigkeit“ frühpensioniert wurden, haben nie von Dr. Peinecke gehört. Dabei müsste sie hinzugezogen werden, bevor ein amtsärztliches Verfahren eingeleitet wird. „Im Grunde verletzt der Dienstherr, vertreten durch die Schulleiter, seine Fürsorgepflicht, wenn kein ordnungsgemäßes BEM

angeboten wird.“ Die Gründe für ihre geringe Bekanntheit sieht Dr. Peinecke in „Informationsdefiziten“, gelegentlich auch im mangelnden Veränderungswillen der Verantwortlichen. Zu Beginn ihrer Tätigkeit wurden regionale Informationsveranstaltungen angeboten, zu denen „viel zu wenige“ Teilnehmer erschienen. „Auch die Dienstversammlungen der Schulleiter und Schulleitungen brachten nicht den gewünschten Erfolg. Zusammenarbeit entwickelte sich häufig erst über die Personalräte oder über Probleme der Schulen, zum Beispiel im Umgang mit Schadstoffbelastungen oder die Begleitung suchterkrankter Lehrkräfte. In der Folge dieser Kontakte haben sich sowohl Schulämter als auch Schulen auf den Weg gemacht, gemeinsam Konzepte für die Lehrergesundheit zu entwickeln.“

Was muss sich vor allem ändern, um Lehrer nachhaltig vor überhöhten Belastungen und Risiken ihres Berufes zu schützen? Peinecke rät zu einer genauen Analyse der Arbeitsbedingungen, im Einzelfall auch der Lebensbedingungen, zu Fortbildungen für die Verantwortlichen. Voraussetzung sei aber die ehrliche Sorge um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Lehrkräfte. Und was ist das Wichtigste, damit eine Wiedereingliederung gelingen kann? „Sprecht ehrlich und respektvoll miteinander!“, rät die engagierte Ärztin.